

## Kontinuität und



## Neubeginn

In zahlreichen Luxemburger Gemeinden mag der Gang zu den Urnen vom vergangenen 10. Oktober zu größeren oder kleineren politischen Verschiebungen und Umverteilungen geführt haben, in der Hauptstadt jedoch hat das Wählerverdikt klar und deutlich auf Kontinuität gesetzt, das heißt auf die Weiterführung der DP-CSV-Koalition, die somit bereits ihre fünfte Mandatsperiode antritt.

Diese politische Konstellation geht in der Tat auf das Jahr 1969 zurück, als die liberale Kandidatin Colette Flesch Bürgermeisterin wurde und über elf Jahre lang die Geschicke der Hauptstadt leitete, bis zu ihrer Nominierung zur Außenministerin im November 1980. Ihr Nachfolger im Bürgermeisteramt wurde Camille Polfer, doch leider mußte er schon nach kurzer Zeit krankheitshalber zurücktreten. Bei den Kommunalwahlen im Oktober 1981 war es dann seine Tochter Lydie, die mit großer Stimmenmehrheit im Alter von 29 Jahren zum damals jüngsten europäischen Stadtoberhaupt gewählt wurde.

Unter der Führung von Lydie Wurth-Polfer wurde der Schöffenrat bei den Kommunalwahlen von 1987 und 1993 in der Leitung der Gemeindegeschäfte bestätigt, und als am vergangenen 31. Januar der neugewählte Gemeinderat zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, wurde die Schöffenratserklärung von exakt derselben Mannschaft vorgestellt, die einen Monat vorher offiziell die Amtsgeschäfte niedergelegt hatte.

Leider sieht die budgetäre Zukunft der Hauptstadt längst nicht mehr so rosig aus, wie das in den beiden vergangenen Mandatsperioden der Fall war. Die allgemeine wirtschaftliche Rezession hat auch die Stadt Luxemburg nicht verschont, und daneben hat die landesweite Reform der Gemeindefinanzen

hauptsächlich durch die Umverteilung der Gewerbesteuern zu Einnahmeeinbußen geführt. Allein im Jahr 1992 hatte die Stadt ein Einnahmefizit von 1,2 Milliarden Franken zu verzeichnen, wovon, so der Schöffenrat, 50 Prozent allein durch den Konjunkturerinbruch bedingt, die andere Hälfte aber auf Einbußen an der Gewerbesteuer zurückzuführen seien, die durch die Reform der Gemeindefinanzen anderen Kommunen zugeflossen seien.

Das bei Wählern und Gewählten wenig populäre Wort „Austerität“ hat denn auch seinen Niederschlag in der Schöffenratserklärung gefunden, was im Klartext bedeutet, daß kurz- und mittelfristig äußerst vorsichtig auf dem Knuedler gewirtschaftet werden muß.

Der Schöffenrat vertritt nun den Standpunkt, daß die durch die Reform verminderten Einnahmen fairerweise durch eine gerechtere Aufteilung der Lasten, welche durch jene Dienstleistungen verursacht werden, von denen nicht nur die Stadtluxemburger profitieren, ausgeglichen werden müßten. Als Beispiele kann man die hohen Kosten des Busdienstes und des Musikkonservatoriums anführen, im vergangenen Jahr immerhin eine Milliarde zu Lasten der Hauptstadt.

Wie dem auch sei, *Ons Stad* jedenfalls wünscht den neu- oder wiedergewählten Vertretern aller Parteien, die wir auf der folgenden Doppelseite näher vorstellen, alles Gute für die kommenden sechs Jahre. Die nächsten Gemeindewahlen werden übrigens, man glaubt es kaum, an der Schwelle des dritten Jahrtausends stattfinden, im Oktober 1999.